

Interview

«Auch der Bundesrat überblickt nicht mehr, was seine Leute da verhandelt haben», sagt Magdalena Martullo-Blocher zu den EU-Verträgen

<https://www.nzz.ch/schweiz/auch-der-bundesrat-ueberblickt-nicht-mehr-was-seine-leute-da-verhandelt-haben-sagt-magdalena-martullo-blocher-ld.1903577>

Für die SVP-Nationalrätin und Ems-Chefin ist die EU ein Raum der Rechtsunsicherheit. In den geplanten Verträgen sieht sie nichts Positives: mehr Macht für die Bürokraten, Probleme für die Firmen, und der Strom wird auch nicht billiger. «Die Wirtschaftsverbände wissen genau, was für ein Humbug dieses Vertragspaket ist», sagt Magdalena Martullo-Blocher.

[Katharina Fontana](#), [Fabian Schäfer](#)

30.09.2025, 15.55 Uhr

Frau Martullo, was hat Sie bei der Lektüre der EU-Verträge am meisten überrascht?

Wie die Verträge die Volksrechte aushebeln. Die Aussage «Das Volk kann immer noch abstimmen» ist ein Hohn. Das EU-Recht, das wir übernehmen, wird direkt Teil der Schweizer Rechtsordnung und gilt für alle. Das Volk hätte in den meisten Fällen nichts mehr zu sagen.

Sie übertreiben. Der Bundesrat sagt, dass die Bürger «wie bisher» ein Referendum ergreifen könnten.

Ein Referendum kann man nur gegen ein durch das Parlament verabschiedetes Gesetz ergreifen. Wenn wir dem EU-Vertragspaket zustimmen, übernehmen wir aber das meiste EU-Recht direkt, das heisst, ohne dass wir noch Schweizer Gesetze dazu erlassen. Die EU-Erlasse sind sehr detailliert formuliert, so dass es gar kein Gesetz mehr braucht. Sie gelten selber wie ein Gesetz. Laut den Verhandlungsführern würde dann 80 Prozent des zu übernehmenden EU-Rechts direkt durch unsere Verwaltung angewendet. Diese würde dadurch enorm an Macht gewinnen. Nur wenn ein bisheriges Schweizer Gesetz angepasst werden müsste, könnte man dagegen noch ein Referendum ergreifen und abstimmen. Das dürfte in weniger als 5 Prozent der Fall sein.

Das Parlament kann aber noch entscheiden, wenn die Schweiz eine EU-Regelung übernehmen muss, die «wichtige rechtsetzende Bestimmungen» enthält. Die Schweizer Vertreter im Gemischten Ausschuss müssen garantieren, dass solche Änderungen ins Parlament kommen.

Das könnten sie. Sie werden es in der Praxis aber nicht machen. Wir sehen es beim Luftverkehrsabkommen. Dort muss die Schweiz schon seit 2002 EU-Recht dynamisch übernehmen: Kein einziges Mal haben die Bundesbeamten im Gemischten Ausschuss Einwand dagegen erhoben, sie haben bis heute alle Rechtsänderungen einfach durchgewinkt. Keine einzige der 150 Rechtsänderungen

kam in den Bundesrat, ins Parlament oder vors Volk. Gleichzeitig gingen jedoch mehrere kleinere Luftfahrtunternehmen wegen des hohen EU-Regulierungsaufwands zu.

In welchen Bereichen sehen Sie bei der Rechtsübernahme die grössten Probleme auf die Schweiz zukommen?

Wir werden das EU-Recht in allen wichtigen Bereichen übernehmen müssen, jetzt und für alle Zukunft. Es ist illusorisch, anzunehmen, wir könnten uns weiterhin Regeln geben, die von jenen der EU abweichen. Diese hätten nämlich nicht nur Strafmassnahmen der EU zur Folge, sondern auch vor dem Bundesgericht keinen Bestand: Für das Bundesgericht geht Völkerrecht dem Landesrecht vor – das gilt auch für die EU-Verträge. Selbst wenn das Parlament oder das Volk bewusst eine vom EU-Recht abweichende Regelung beschliessen würde, könnte sie gerichtlich nicht durchgesetzt werden.

Juristen des Bundes und manche Staatsrechtler erwarten, dass sich die Haltung des Bundesgerichts mit den neuen Verträgen ändern würde, weil diese neu einen Mechanismus zur Streitschlichtung vorsehen.

Die SVP fragte das Bundesgericht offiziell an, ob es seine bisherige Praxis ändern würde. Die Antwort war: «Wir äussern uns nicht zu unserer generellen Praxis, nur zu konkreten Fällen.» Unsere Erfahrung mit dem Bundesgericht ist, dass es sich weder vom Bundesrat, vom Parlament noch vom Volk etwas sagen lässt. Das hat es auch bereits in verschiedenen Urteilen zur Personenfreizügigkeit bewiesen.

Hat es beim Lesen der Verträge auch etwas gegeben, was Sie positiv überrascht hat?

(Langes Schweigen.) Eigentlich nicht. Die umfangreiche Lektüre war auch psychisch belastend. In den Verträgen wird dauernd auf die Pflichten der Schweiz hingewiesen: Die Schweiz muss dies, die Schweiz muss das, sonst gibt es Strafen. Wir sollen enorm viele Daten und Informationen nach Brüssel abliefern, und natürlich auch sehr viel Geld. Die Kantone müssten das ganze EU-Regime um- und durchsetzen und sind dafür überhaupt nicht eingerichtet. Nein, ich sehe nichts.

Der Vorstand des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse spricht sich mit 69 zu einer Stimme für die EU-Verträge aus. Die Gegenstimme kommt von Ihnen.

Ja, aber ich bin überzeugt: Auch die anderen wissen genau, was für ein Humbug dieses Vertragspaket ist.

Die Schweizer Wirtschaftsverbände unterstützen das EU-Paket, obschon sie sehen, dass es «Humbug» ist?

Für die Verbandsmitglieder liegt der Fokus ganz allein auf der Anerkennung der Produktezulassung. Aspekte wie die direkte Demokratie und eine eigenständige Politik beurteilen sie nicht. Sie antizipieren nicht, dass es für die Schweiz vorteilhafter und günstiger ist, wenn sie eigene, schlankere Gesetze hat als die EU. Da kommt eine gewaltige Menge an zusätzlichen Regulierungen auf sie zu. 20 000 Seiten EU-

Erlasse übernehmen wir bei der Einführung. Jedes Jahr gibt die EU 150 000 Seiten neue Erlasse heraus.

Die Wirtschaft argumentiert mit der Rechtssicherheit.

Selbst EU-Grossunternehmen mit ausgebauten Rechtsabteilungen wissen heute nicht, wie sie die Regulierungsflut bewältigen sollen, welche EU-Vorschriften gelten und welche unterwegs sind. Die EU ist heute ein Raum voller Rechtsunsicherheit. Ich behaupte, dass die Verbände, aber auch die Schweizer Verhandlungsführer, der Bundesrat und die Parlamentarier, bereits jetzt restlos überfordert sind mit dem EU-Recht. Deshalb lesen sie es gar nicht.

Die neuen EU-Verträge sind aus Ihrer Sicht also nicht nur institutionell schlecht, sie haben auch keinen ökonomischen Nutzen?

Genau. Jedes Schweizer Unternehmen kann ja heute seine Produkte in der EU zertifizieren lassen, auch KMU können das, wenn sie einen Vertreter vor Ort beauftragen. Das kostet nicht viel, wir reden insgesamt von Millionenbeträgen im tiefen Bereich. Das wiegt nichts im Vergleich zu den Milliardenkosten, die wir uns auf der anderen Seite mit den EU-Verträgen einhandeln.

Kommen wir zum Stromabkommen. Die Frage, die alle interessiert: Würde der Strom billiger und die Versorgung sicherer?

Der Strom in der EU ist heute nicht billiger, und die Selbstversorgung ist tiefer. Wir sind dank der Wasserkraft flexibler, Strom zu produzieren, dann, wenn wir ihn brauchen. Wenn wir uns voll in den EU-Strommarkt integrieren, warum sollte unser Strom dann billiger und unsere Versorgung sicherer sein? Strom handeln können wir schon heute, und auch die Netze sind technisch koordiniert. Mit dem Vertrag könnten wir unsere Reservekraftwerke wie Birr nur noch mit einer Genehmigung der EU laufen lassen.

Damit widersprechen Sie Ihrem eigenen Bundesrat. Albert Rösti argumentiert mit der Versorgungssicherheit und sagt, ohne Abkommen laufe die Schweiz Gefahr, im Winter nicht genügend Strom importieren zu können.

Das überzeugt mich nicht. Wenn die EU genügend Strom hat, wird sie ihn uns auch verkaufen. Wenn nicht, ist der Vertrag sowieso wertlos, denn sie wird ihre eigenen Länder immer bevorzugen. Den EU-Binnenmarkt im Strom gibt es überhaupt nicht, die EU-Länder machen hier eine eigene Politik. Wir wären wohl die Einzigen, die EU-Recht anwenden würden. Funktioniert das überhaupt? Rösti hat auch schon gesagt, dass die Schweiz das Stromabkommen nicht unbedingt brauche. Weil das Stromabkommen politisch so umstritten ist, hat der Bundesrat es nun vom restlichen Paket wieder ausgeklammert. Die Linken, aber auch die Bergkantone sind dagegen.

Laut dem Bundesrat gibt es im Abkommen keine Vorgaben zum Wasserzins und zur Konzessionsvergabe für Wasserkraftwerke. Reicht Ihnen das nicht als Garantie?

Nein. Wenn im Vertrag keine Ausnahmen festgehalten sind, gilt ja heutiges und zukünftiges EU-Recht. Die Einspeisevergütung für Solaranlagen würde ebenfalls klar

dahinfallen und nach sechs Jahren auch die Wasserreserven. Ob Bund, Kanton und Gemeinden weiterhin Kraftwerke unterstützen könnten, bleibt unbestimmt. Überhaupt gibt es in zahlreichen Punkten Unsicherheiten und offene Fragen, nicht nur beim Strom.

Wenn zuerst über die anderen EU-Verträge abgestimmt würde und erst anschliessend über das Stromabkommen: Wären Sie dann noch immer so vehement dagegen?

Selbstverständlich. Das Stromabkommen ist schlecht. Wir stellen unsere Vorteile wie unsere Wasserkraft in den Dienst der EU und haben nichts mehr zu sagen. Auch die vorgesehene freie Wahl des Stromanbieters für Private wird nicht funktionieren. Es investiert doch niemand in den Bau eines Kraftwerks, wenn die Kunden dauernd hin- und herwechseln können. Strominvestitionen tätigt man auf fünfzig Jahre hinaus. Da braucht es feste Abnahmeverträge. Kommt hinzu, dass die EU ihre Politik immer wieder ändert und wir ihr dann laufend folgen müssen. Es ist ein dauerndes Hin und Her mit extremen Leerläufen – wo bleibt da die Planungssicherheit? Die USA sind konsequenter und setzen auf Öl und Gas.

Neben dem Strom- ist auch ein neues Lebensmittelabkommen vorgesehen. Sie lehnen dieses ebenfalls vehement ab. Weshalb?

Weil es extreme Folgen hätte vom Acker bis zum Teller, von der Landwirtschaft, der Verarbeitung über den Detailhandel bis in die Restaurants und Hotels. Primär kleine Betriebe mit geringen Margen wären betroffen, für viele wäre der neue Vertrag der Untergang. Auf sie käme ein Wust an Regulierung, Zertifizierung und Kontrollen zu, den sie gar nicht überblicken können. Hunderte EU-Erlasse sollen hier direkt unsere Gesetze ersetzen. Die Firmen und Verbände haben keine Chance, das alles zu studieren und einzuschätzen. Mittlerweile hat ja sogar der Bundesrat den Überblick verloren.

Wie meinen Sie das?

Aussenminister Cassis sagte vor kurzem in einem Interview mit dem «Nebelspalter», Schweizer Firmen, die nur im Inland tätig seien, müssten mit dem Vertragspaket kein EU-Recht übernehmen. Ihnen könne das EU-Recht egal sein. Das sagte er sogar mehrmals. Offenbar meinte er es tatsächlich ernst. Das ist natürlich Unsinn, das geben auch seine Leute zu: EU-Recht würde dann in der Schweiz gelten, für alle. Auch der Bundesrat überblickt nicht mehr, was seine Leute da verhandelt haben.

Die Lektüre der rund 2000 Seiten EU-Verträge samt Erläuterungen sei psychisch belastend gewesen, sagt Magdalena Martullo-Blocher: «Die Schweiz muss dies, die Schweiz muss das, sonst gibt es Strafen.»

Laut den Spezialisten des Bundes ändert sich im Lebensmittelbereich inhaltlich fast nichts, weil die Schweiz ihr Recht schon bisher weitgehend an jenes der EU angepasst hat.

Im Gegenteil. Änderungen gibt es etwa bei der Schlachtung, den Tiertransporten, dem Pflanzenschutz und vor allem bei den ausufernden Kontrollen. Kantone und Betriebe werden viel mehr Aufwand haben. Bauern müssten ihre Hofläden schliessen, weil die EU von ihnen riesige Dokumentationen verlangen würde. Marktstände müssten ihre Küchen EU-zertifizieren lassen. Man stelle sich das vor: Sogar die Feldküche der Schweizer Armee soll dann von der EU kontrolliert werden. Vermutlich sollen wir im Ernstfall noch warten, bis die EU-Kontrolleure da sind?

Interessant ist, dass der Bauernverband das Lebensmittelabkommen nicht ablehnt.

Noch nicht. Er macht, was zurzeit fast alle machen: Sie stellen Zusatzforderungen – und werden am Ende Nein sagen. Die Kritik der Bauern ist schon jetzt deutlich, sie fordern Neuverhandlungen, keine institutionelle Übernahme von EU-Recht und keine ausufernden Kontrollen in den Betrieben. Die Bauern wissen, dass der neue Vertrag ihnen nichts bringt. Wer meint, dass wir aus der Schweiz heraus mehr Lebensmittel exportieren können, ist ein Träumer. Das wäre nur mit hohen Subventionen möglich. Unsere Produkte sind ja viel teurer. Unsere Bauern sehen zudem schon heute, wie schlecht es ihren Kollegen in der EU geht. Das neue Abkommen bringt uns nichts beim Export, bewirkt aber im Inland eine massive Regulierung und Kontrollwut.

Kontrollwut?

Die EU schickt Heere von Kontrolleuren in unsere Betriebe. Diese Kontrolleure haben fast denselben Status wie Diplomaten, sie sind sozusagen unantastbar. Sie können gerichtlich nicht belangt werden, verdienen überdurchschnittlich viel, haben jeden Feiertag der EU-Länder und zahlen weder Steuern noch Abgaben. Sie können überall einmarschieren, wo sie wollen, und kontrollieren nach Gutdünken Restaurants, Dorfläden oder Bauernhöfe. Für Tourismuskantone wie Graubünden wäre das schrecklich: Diese Leute würden dort ein angenehmes Leben auf Spesen führen. Sie haben freies Niederlassungsrecht, natürlich mit Familiennachzug! Das ist eine neue Art von fremden Vögten, die da auf unser Land losgelassen wird.

Sie übertreiben. Gemäss dem Bund können EU-Kontrolleure nur zusammen mit den kantonalen Kontrolleuren Betriebe besuchen. Das gibt es schon heute. Sie begutachten nicht die Betriebe, sondern die Arbeit der Schweizer Kontrolleure.

Unsinn. In den Verträgen steht nur, dass sie die Kontrollen in Absprache mit den Kantonen durchführen müssen, dass sie sich also anmelden müssen. Kontrollieren können sie allein.

Sprechen wir über das Grundsätzliche: Manche Befürworter sagen, die Schweiz könne sich auf die neuen Verträge einlassen, sie müsse einfach lernen, die Regeln der EU «kreativ» umzusetzen, wie dies auch viele EU-Staaten tun.

Das ist der neuste Trick der Befürworter: Wir müssen zwar alles Schlechte übernehmen, uns dann aber darum herummogeln. Wer das sagt, weiss genau, dass die Verträge Mist sind, hat aber nicht die Kraft, Nein zu sagen. Viele EU-Staaten suchen sogenannte kreative Lösungen, damit sie EU-Recht nicht anwenden müssen. Sie haben keine andere Wahl, um in der Regulierungsflut nicht komplett zu ertrinken.

Dann könnte die Schweiz ja dasselbe tun.

Wollen wir das? Wollen wir wirklich, dass man das Recht umgeht, weil es so schlecht ist? Und: Lässt das Vertragspaket das überhaupt zu? Für uns würden andere Regeln gelten als für EU-Staaten. Weichen wir irgendwo ab, würden Strafmassnahmen verhängt, da braucht es nicht einmal ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Machen wir uns keine Illusionen: Die EU wird uns keinen Spielraum lassen und als Erstes die Produktezertifizierung wieder aberkennen.

Der Bundesrat argumentiert auch mit den geopolitischen Unsicherheiten. Wir haben grosse Probleme mit den USA . . .

. . . die werden wir hoffentlich bald lösen.

Wann und wie denn?

Zum Inhalt kann ich nichts sagen. Die Einigung kann schnell kommen, es kann aber auch noch einige Monate dauern. Eigentlich sind die hohen Zölle ein Betriebsunfall.

Ein Betriebsunfall? Sie meinen das Telefonat von Karin Keller-Sutter mit Donald Trump?

Ja. Die Voraussetzungen waren eigentlich gut. Aber es sind schon andere von Trump abgestraft worden, und nachher gab es einvernehmliche Lösungen. Das ist seine Verhandlungstaktik. Wir müssen dafür sorgen, dass ihm der neue Deal im richtigen Moment vorgelegt wird, wenn er in guter Stimmung ist. Ich bin zuversichtlich, dass wir das hinbekommen.

Sie waren auch zuversichtlich, dass wir ein Freihandelsabkommen mit den USA hinbekommen. Wie sieht es da aus?

Da läuft uns leider die Zeit davon. Trumps reziproke Zölle stehen quer zum Freihandel. Aber man weiss ja nie bei ihm. Das kann sich morgen wieder ändern. Aber vergessen wir nicht: Die EU bricht sogar Verträge mit der Schweiz und piesackt und diskriminiert uns, wann und wie es ihr passt. Das hat sie schon mehrfach bewiesen.

Wie geht es weiter, wenn die Schweiz die neuen Verträge ablehnt?

Dann gelten die bisherigen Abkommen weiter. Die EU wird wohl versuchen, uns unter Druck zu setzen. Das müssen wir aushalten. Sie wird sowieso weitere Zugeständnisse und Geld aus uns herauspressen, sobald wir unterschrieben haben. Laut Vertragspaket wäre sie dann aber sogar noch ausdrücklich dazu berechtigt!

Die EU würde wohl die Hochschulen wieder aus dem Forschungsprogramm ausschliessen. Wäre das wirklich so harmlos? Sogar die Briten machten nach dem Brexit Konzessionen, damit ihre Universitäten rasch wieder in das Programm aufgenommen werden.

Unsere Hochschulen sind stark genug, auch ohne die EU-Programme. Sie hatten in den letzten Jahren ja bereits keinen Zugang zu Horizon mehr. Trotzdem haben sie Spitzenleistungen erbracht!

Sind Sie sicher, dass die Schweiz widerstandsfähig genug ist, um die absehbaren Nadelstiche auszuhalten?

Die Politik ist es nicht, aber das Volk hat das nötige Rückgrat. Die Leute spüren genau, wenn man ihnen etwas vormachen will. Schon die Begriffe sind verräterisch: Der Bundesrat gaukelt uns vor, wir dürften künftig bei der Erarbeitung von EU-Recht mitreden. Das nennt sich dann «decision shaping» – wer das nur schon hört, weiss, dass man uns etwas unterjubeln will. Mitbestimmen könnten wir aber nirgends. Bereits bei der EWR-Abstimmung wurde bei der Bevölkerung die Angst geschürt, die Schweiz gehe ohne Vertrag unter. Heute ist unser Wohlstand dreimal so hoch wie derjenige in der EU.